

KLIMAWANDEL UND NACHHALTIGKEIT IN DER GROSSREGION

Synthesebericht vom 5. Forum Großregion vom 10. September 2020, Webinar

Rebekka Kanesu & Leonie Heim – Universität Trier

Derzeit erleben wir multiple Krisen, wie z.B. die globale Gesundheitskrise und damit zusammenhängende soziale und wirtschaftliche Krisensituationen. Daneben stellt vor allem der Klimawandel und seine Folgen eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit dar. Steigende Temperaturen, Unwetter, schwindende Biodiversität und andere Klimawandelfolgen machen dabei weder vor regionalen noch vor nationalen Grenzen Halt. Der Klimawandel ist ein grenzüberschreitendes Phänomen mit lokal diversen Ausprägungen, die auch in der Großregion zu spüren sind. Doch wie begegnen wir dieser langfristigen Krise?

Die Taktik der nationalen Abschottung und Grenzziehungen, die wir in der Coronakrise erleben, scheint für den Umgang mit dem Klimawandel völlig ungeeignet. Eine zukunftsfähige Klimawandelanpassung muss strategisch grenzüberschreitend gedacht und ausgehandelt werden. Während wir in internationalen Klimaverhandlungen immer wieder Stillstand, Uneinigkeit und Pattsituationen erleben, haben sich in den letzten Jahren gerade die kommunalen und regionalen Handlungsebenen als zentrale Raumeinheiten zur Bewältigung von Klimawandelfolgen herausgestellt. Auch in der Großregion zeigt sich, dass vor allem Kommunen und kommunale Akteure eigene Strategien entwickeln, um den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor die der Klimawandel uns stellt, zu begegnen.

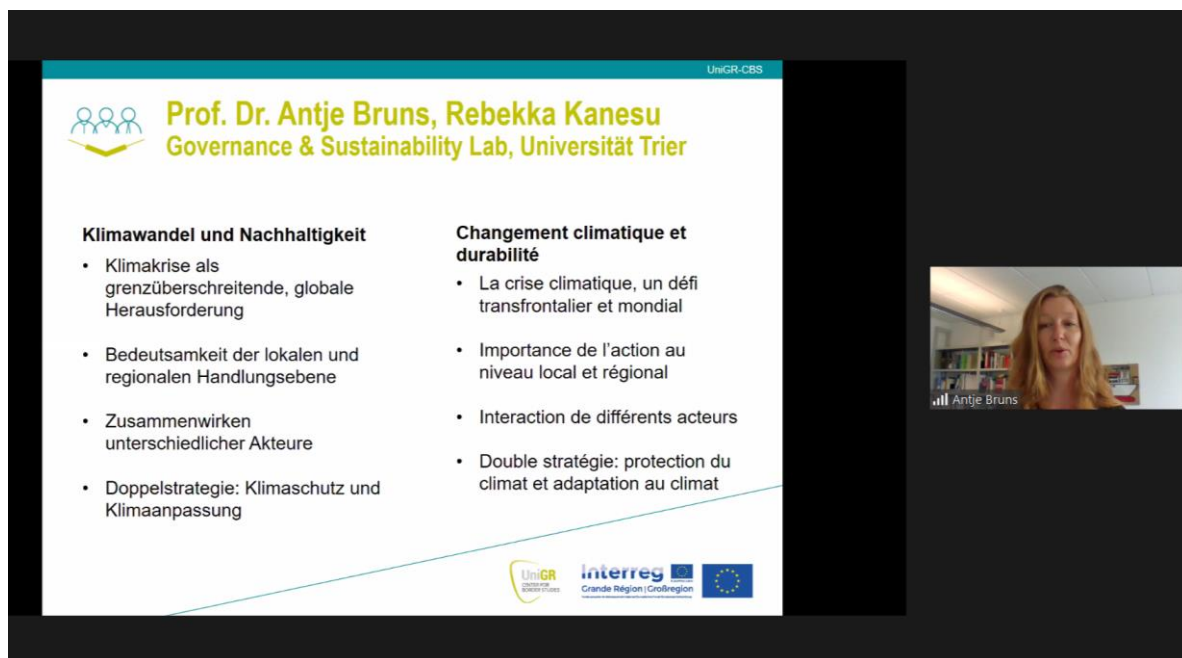
Welche Maßnahmen zum Klimaschutz gibt es auf kommunaler Ebene? Vor welchen Hürden und Hindernissen stehen die Kommunen in der Großregion dabei? Und sollte eine langfristig erfolgreiche Strategie nicht eher auf ganzheitliche, transformative Klimawandelanpassung als auf einzelne Schutzmaßnahmen setzen?

Obwohl die Großregion bereits in vielen Bereichen eng miteinander verknüpft ist, scheint eine grenzüberschreitende Kooperation und Governance in Bezug auf den Klimawandel noch ganz am Anfang zu stehen. Im 5. Forum Großregion fokussierten wir uns daher auf die kommunale Ebene, um zu einem produktiven grenzüberschreitenden Dialog in Sachen Klimawandel anzuregen.

Das Forum fand mit 58 Teilnehmer_innen online über ZOOM statt. Es wurde von der Universität Trier (Prof. Dr. Antje Bruns, Rebekka Kanesu, Leonie Heim) im Rahmen des Interreg VA Großregion Projekts „UniGR-Center for Border Studies“ organisiert.

Teilnehmer_innen der Podiumsdiskussion:

- Manuel Mavel (Direction régionale de l'Environnement, de l'Aménagement et du Logement Grand Est, DREAL)
- Rainer van den Bosch (Vorstand Energiewende Hunsrück-Mosel eG)
- Claudia Mohr (Klima-Bündnis Lëtzebuerg)
- Prof. Dr. Antje Bruns (Universität Trier)
- Prof. Dr. Peter Dörrenbächer (Universität des Saarlandes) (Moderation)



Prof. Dr. Antje Bruns, Rebekka Kanesu
Governance & Sustainability Lab, Universität Trier

Klimawandel und Nachhaltigkeit

- Klimakrise als grenzüberschreitende, globale Herausforderung
- Bedeutsamkeit der lokalen und regionalen Handlungsebene
- Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure
- Doppelstrategie: Klimaschutz und Klimaanpassung

Changement climatique et durabilité

- La crise climatique, un défi transfrontalier et mondial
- Importance de l'action au niveau local et régional
- Interaction de différents acteurs
- Double stratégie: protection du climat et adaptation au climat

Logos: UniGR, Interreg, Grande Région | Großregion, European Union

Video inset: Antje Bruns

Prof. Dr. Antje Bruns begrüßt die Teilnehmer_innen des 5. Forums Großregion und gibt eine Einführung zum Thema Klimawandel und Nachhaltigkeit.

WIE GEHEN UNSERE NACHBARKOMMUNEN MIT DEM KLIMAWANDEL UM UND WAS KÖNNEN WIR VON IHNEN LERNEN?

Bei den drei Gästen des Forums handelte es sich um drei Vertreter_innen aus Luxemburg, Frankreich und Deutschland, die in den Bereichen eines kommunalen Netzwerks für Klimaschutz und Klimaanpassung, einer regionalen Behörde (DREAL) und einer Bürgerenergiegenossenschaft tätig sind.

Direction régionale de l'Environnement, de l'Aménagement et du Logement (DREAL)
Regionaldirektion für Umwelt, Planung und Wohnungswesen

Missions de la DREAL :

- transition énergétique
- multi-modalité, fluidité et la sécurité des déplacements
- politique régionale de l'habitat
- prévention des risques à fort impact humain et économique
- préservation des ressources naturelles et la biodiversité
- promotion d'un aménagement durable

Le Service 'évaluation environnemental' porte les politiques publiques issues des directives européennes relatives à l'évaluation environnementale

Aufgaben der DREAL :

- Energiewende
- multi-modale Transportlösungen
- fließender und sicherer Verkehr
- Regionalpolitik für Wohnen
- Risikoprävention
- Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt
- Förderung einer nachhaltigen Raumordnung

Die Abteilung 'Umweltverträglichkeitsprüfung' ist für die öffentliche Politik zuständig, die sich aus den europäischen Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung ergibt.

Manuel Mavel

Manuel Mavel, arbeitet für die Regionaldirektion für Umwelt, Planung und Wohnungswesen (DREAL) und berichtete aus der Region Grand Est (FR). Zu den Hauptaufgaben der DREAL gehören u.a. die Umsetzung der Energiewende, die Risikoprävention, der Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt. Für die Klimawandelanpassung müssen Gemeinden in Frankreich seit 2017 klimaspezifische Strategien entwickeln, planen und umsetzen. Dabei wird der Klimaschutz auf lokaler Ebene betrieben. Die Klimapläne werden für 6 Jahre ausgelegt, danach muss eine Bilanz erstellt werden, die überprüft, ob die Ziele erreicht bzw. umgesetzt wurden. Auf Grundlage der Überprüfung sollen nach der Auswertung der Ergebnisse die Ziele angepasst und optimiert werden. Herr Mavel stellte dar, dass Klimapläne ein wichtiger Schritt im Bereich der Klimawendepolitik seien, da die Gemeinden somit zum Handeln gezwungen werden und dies auf allen Ebenen. Er berichtete von der Herausforderung der Region Lorraine, die z.Z. noch weniger vom Klimawandel betroffen ist, wodurch die Leute weniger sensibilisiert für die Risiken und Konsequenzen von Klimawandelfolgen zu sein scheinen. Die Strategien sind hier nicht so ausgereift, wie in anderen Regionen Frankreichs.

Herausforderungen & Hürden
Enjeux & obstacles?

Klima-Bündnis Lëtzebuerg

2. Klimapakt (Staat – Gemeinden)
Basis: European Energy Award

2. le pacte climat (État - municipalités)
Base : Prix européen de l'énergie

Klimapakt 1.0 (2013 – 2020):
Wenige Maßnahmen im Bereich Anpassung

Pacte sur le climat 1.0 (2013 - 2020) :
Peu de mesures dans le domaine de l'adaptation

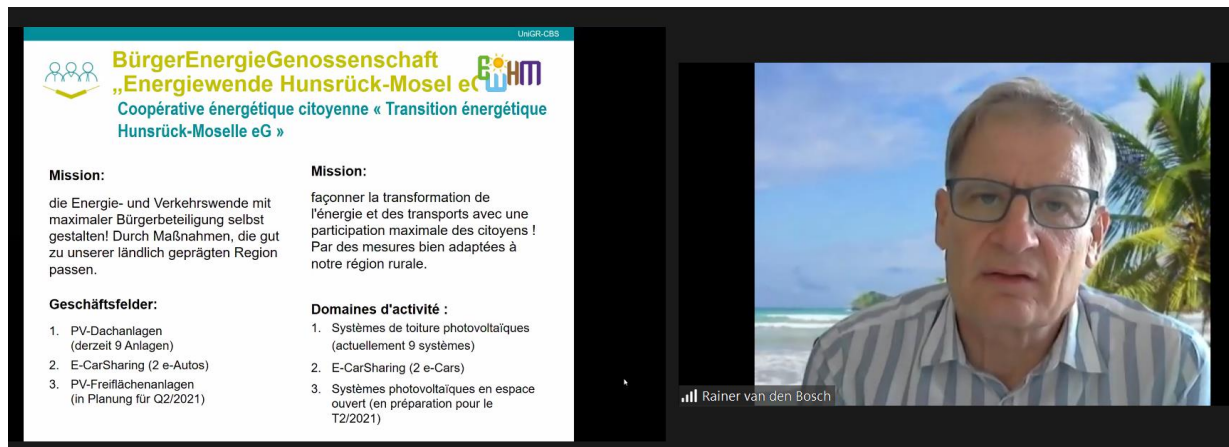
Klimapakt 2.0 (ab 2021):
Bereich Anpassung soll im überarbeiteten Maßnahmenkatalog eine größere Rolle spielen

Pacte sur le climat 2.0 (à partir de 2021) :
L'adaptation doit jouer un rôle plus important dans le catalogue de mesures révisé.

Claudia Mohr

Claudia Mohr berichtete von einer anderen Seite. Sie repräsentierte das Klima-Bündnis, das weltweit größte kommunale Netzwerk für Klimaschutz, welches in Luxemburg ca. 40 Mitgliedsgemeinden hat. Das Klima-Bündnis folgt dem Motto: ‚Think global – Act local‘. Im Klima-Bündnis Lëtzebuerg verpflichten sich die Mitgliedsgemeinden dazu, ihre CO2-Emissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Als Grundlage für die Ziele dient die nationale Anpassungsstrategie (2018-2023) des Staates Luxemburg. Die Maßnahmen, die in dem Strategiepapier vorgeschlagen werden, basieren auf

der Untersuchung der Klimawandelauswirkungen für 13 Sektoren. Daraus werden Aktionspläne für konkrete Maßnahmen erstellt. Die Zeithorizonte für die Ausführung sind sehr vage formuliert, dazu kommt das Fehlen klar definierter Ansprechpartner_innen. Darum, berichtete Frau Mohr, sei es umso wichtiger auf kommunaler Ebene zu handeln und eigene CO₂-Emissionen zu reduzieren. Deswegen engagiert sich das Klima-Bündnis Lëtzebuerg mit mehreren Projekten in einzelnen Gemeinden, z.B. durch Green Events oder Angeboten für Workshops und Fortbildungen. Das Klima-Bündnis engagiert sich zudem mit Nord-Süd-Partnerschaften für grenzüberschreitende Klimagerechtigkeit.



The image shows a presentation slide on the left and a video call window on the right. The slide is titled 'BürgerEnergieGenossenschaft „Energiewende Hunsrück-Mosel eG“' and 'Coopérative énergétique citoyenne « Transition énergétique Hunsrück-Moselle eG »'. It lists a mission in German and French, and business fields in German and French. The video call window shows a man with glasses, identified as Rainer van den Bosch, speaking.

Rainer van der Bosch, Technischer Vorstand der Bürgerenergiegenossenschaft und Vorstand Energiewende Hunsrück-Mosel eG, berichtete aus seiner Sicht als Bürger. Seine Bürgerinitiative wurde 2018 mit 17 Gründungsmitgliedern gegründet, wobei der Vorstand sowie der Aufsichtsrat ehrenamtlich arbeiten. Das Ziel scheint klar: Die Energie- und Verkehrswende mit maximaler Bürgerbeteiligung selbst gestalten. Ganz nach dem Bottom-up Ansatz. Im Vordergrund stehen angepasste Maßnahmen an den jeweiligen ländlichen Raum. Die Tätigkeitsbereiche der Initiative liegen bei PV-Dachanlagen, E-CarSharing und PV-Freiflächenanlagen (in Planung). Probleme bereiteten ihm die Richtlinien und Rahmenbedingungen auf Bundesebene in Deutschland, die seit 2012 die dezentralen bürgerorganisierten Initiativen ausbremsen.

Die Podiumsgäste zeigten, dass unterschiedliche Akteure auf der kommunalen Ebene auch unterschiedliche Bedarfe und Handlungsoptionen für den Umgang mit dem Klimawandel haben. Regionale Behörden können Hilfestellungen leisten und rahmengebend für die Umsetzung von spezifischen Maßnahmen sein. Für Bürger_innen, die sich in Sachen Klimaschutz engagieren und Eigeninitiative zeigen, können administrative Wege jedoch oftmals zu lang und hinderlich für die Umsetzung von Bottom-up Ideen sein. Eine Kombination aus zentralen und dezentralen Strukturen könnte diesem Problem entgegenwirken. Auch eine Vernetzung, wie es das Klima-Bündnis vormacht, kann von Vorteil für die Umsetzung von Klimawandeladaptionmaßnahmen sein.

WIE KÖNNEN WIR AUF KOMMUNALER EBENE ZUR REALISIERUNG DES PARISER KLIMAABKOMMENS BEITRAGEN?

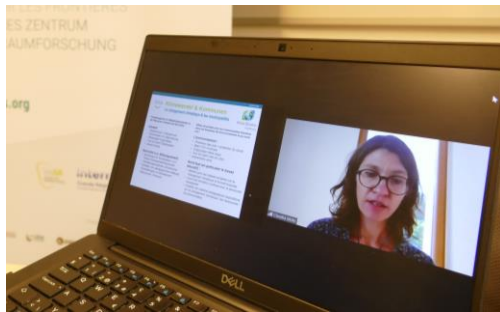
Für die Klimaschutzmaßnahmen und die Klimawandelanpassung sind die kommunale und regionale Ebene von besonderer Bedeutung, da dort die raumwirksamen Entscheidungen getroffen werden, die auch zur Realisierung des Pariser Klimaschutzabkommens beitragen.

Manuel Mavel berichtete aus Frankreich, dass mit gezielten Klimaplänen, jeweils über 6 Jahre mit abschließender Bilanzierung, der Klimaschutz vorangetrieben werden soll. Die Entwicklung der Klimaschutzpläne findet dabei auf der lokalen Ebenen statt. Die Behörde unternimmt Einstufungen von energetischer Sanierung, dazu gehört u.a. Information/Beratung, Zertifizierung und Reduzierung der Energieknappheit im sozialen Wohnungsbau. Um die Energiewende voranzubringen wird die Entwicklung von Solarenergie für öffentliche Gebäude gefördert.

Die vagen Vorgaben der Behörden in Luxemburg reichen für Frau Mohr nicht aus. Daher setzt das Klima-Bündnis Lëtzebuerg eine verpflichtende Reduktion der CO₂-Emissionen für alle Mitgliedsgemeinden alle fünf Jahre um zehn Prozent fest. Das Klima-Bündnis hat zwei Bereiche, in denen es tätig ist, Umwelt und Nord-Süd (v.a. Bildungsarbeit). Zu den Projekten im Umweltschutz gehören Projekte, wie Bodenschutz = Klimaschutz, Kommunale CO₂-Bilanzierung, Pilotprojekt Cargo-Bikes, Tour du Duerf (Stadtradeln), Green Events. Die Bildungsarbeit ist für ein Verständnis von Klimawandelfolgen unerlässlich und wichtig, um langfristig Klimawandelanpassungen zu betreiben. Dies wird in Form von Workshops für Schulklassen zum Thema Klimawandel/Regenwald, mit Fortbildungsangeboten für Lehrpersonal und dem Erstellen von pädagogischem Material (z.B. in Form von Ausstellungen zu Klimawandel, Ressourcen, Konsum) ermöglicht.

In der Bürgerinitiative Bürgerenergiegenossenschaft „Energiewende Hunsrück-Mosel eG“ liegt der Schwerpunkt auf Maßnahmen, die zur ländlich geprägten Region der Initiative passen. Aktive Geschäftsfelder in der Genossenschaft sind die PV-Dachanlagen, derzeit 9 Anlagen, und ein E-CarSharing, mit 2 e-Autos. In Planung sind weitere PV-Freiflächenanlagen. Herr van der Bosch erzählte von den Herausforderungen und Hürden, die vor allem durch langwierige bürokratische Prozesse bedingt sind. Zum einem hat die Politik auf Bundesebene seit 2012 zahlreiche Hürden und Hemmnisse geschaffen, die zentralistische Erzeuger- & Vertriebsstrukturen bevorzugen und gezielt eine dezentrale, bürgerorganisierte Energiewende ausbremsen. Die Genehmigungsbehörden sind weder personell, organisatorisch noch technisch genügend auf ein signifikantes Wachstum beim Bau von erneuerbaren Energieanlagen vorbereitet, beschwerte sich Herr van den Bosch. Hinzu kommt, dass bei der Ausschreibungspflicht von großen PV- und Windkraftanlagen, die hohen bürokratischen und finanziellen Hürden dazu führen, dass kapitalstarke Konzerne begünstigt und örtliche Gemeinschaften bei der Wertschöpfung benachteiligt werden. Andererseits gibt es sehr große Unterstützung auf kommunaler Ebene (in der Gemeinde und in der Verbandsgemeinde). Bürger_innen und Kommunen haben erkannt, welche enormen Vorteile die regionale Wertschöpfung bringt – sowohl bei der Gestaltung der Energiewende als auch für eine zukunftsorientierte Beschäftigung.

Um das Pariser Klimaabkommen auf kommunaler Ebene weiter umzusetzen sind nicht nur der Abbau von bürokratischen Hürden sowie konkrete Maßnahmen von Nöten, sondern auch ein umfassendes Bildungsangebot zum Thema Klimawandel, Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Denn nur so können Kommunen und ihre Bürger_innen auch langfristig auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren. Außerdem bietet die regionale Handlungsebene auch die Möglichkeit kleine, lokale Initiativen und Maßnahmen zu fördern und zu multiplizieren.



Prof. Dr. Peter Dörrenbächer im Gespräch mit den drei Podiumsgästen

KANN DIE GROßREGION IM HERZEN EUROPAS ZU EINEM KLIMAVORREITER WERDEN?

Die DREAL ist nur in der Region Grand-Est tätig. Durch die Coronakrise wurden nicht zuletzt die Grenzen zwischen den Ländern wieder real. Sie sind erneut sichtbar und spürbar geworden. Als Behörde ist die DREAL dafür verantwortlich die französischen Gesetze durchzusetzen. Dies zeigt ein grundsätzliches Problem in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf, denn die verschiedenen Rechtsvorschriften und Gesetze sind abhängig von den Ländern. Herr Mavel ist jedoch auch tätig in der grenzüberschreitenden „AG Umwelt“ des Gipfels der Großregion, die sich grenzüberschreitend über Umweltfragen austauscht. Dabei gelten die europäischen Rechtsgrundlagen als Basis für die Kooperation. Der Leitfaden zu der „AG Umwelt“ wird bald veröffentlicht (<http://www.grossregion.net/Institutionen/Der-Gipfel-im-Detail/Die-Arbeitsgruppen/AG-Umwelt>).

Frau Mohr sieht gute Möglichkeiten in der Zusammenarbeit in der Großregion. Die Kommunikation in Bezug auf den Klimawandel ist in der Großregion jedoch bis dato relativ wenig ausgeprägt, es bestehen nicht viele Kontakte in andere Länder. Frau Mohr äußerte großes Interesse an grenzüberschreitenden Projekten. Es sei wichtig sich zu vernetzen.

Herr van den Bosch sah eine deutliche Chance durch grenzüberschreitende Kooperation die Behinderung durch Landes- und Staatspolitik zu überwinden. Dabei gibt es zwei große Chancen für die Diskussion und Projektentwicklung: erstens die Schaffung eines Netzwerks, z.B. durch Veranstaltungen wie das Forum Großregionen, welches Akteure miteinander in Kontakt bringt. Zweitens, eine breite Beteiligung der Bürger_innen, um gemeinsam lokal die Klimawandelanpassung voranzutreiben.

In der Gesprächsrunde zeigte sich ein enormes Potenzial zur grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich Klimawandel/Klimaschutz/Klimawandelanpassungen. Eine Möglichkeit wäre eine gemeinsame Datenbank/Plattform einzurichten, wo Projekte und Lösungsansätze gesammelt werden können, damit andere leichter Zugriff auf die Informationen haben. Wie Frau Mohr hervorhob, sind die Gemeinden im Thema Anpassung oft personell schwierig aufgestellt, vor allem bei kleinen Gemeinden ist dies ein Problem. Mit einer Plattform könnten sich Gemeinden auch austauschen und damit den Personalmangel kompensieren.

Generell scheint eine große Bereitschaft zur Vernetzung in der Großregion zu bestehen. Um die Zusammenarbeit und den Austausch zu ermöglichen, ist die Vernetzung der verschieden Interessensvertreter_innen und Gemeinden wichtig und förderungswürdig. Schritt für Schritt können gemeinsame Interessen identifiziert werden. Daraufhin können gemeinsame grenzübergreifende Projekte geplant werden, die in anderen Bereichen bereits immer wieder in der Großregion zustande kommen.

Grenzüberschreitende Kooperation in der Großregion könnte dabei helfen die Großregion zu einem Klimavorreiter zu machen. Es gibt viele kleine Initiativen in der Region, jedoch besteht kaum ein Austausch über Grenzen hinweg. Eine Kooperation, die über den reinen Informationsaustausch hinausgeht, setzt aber den Abbau von bürokratischen Hürden und nationalen rechtlichen Bestimmungen und Handlungszwängen voraus. Auch sprachliche Barrieren können hier eine Herausforderung darstellen. Ein Anstoß für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist jedoch gelegt und bedarf nun verstärkter Kommunikation und Vernetzungsarbeit.

FAZIT

- Die Akteure wiesen auf ähnliche Problematiken im Umgang mit Klimawandelfolgen und Projekten hin: langwierige bürokratische Wege, Schwierigkeiten bei der Partizipation von Bürger_innen, unterschiedliche nationale Rechtsgebungen, Bestimmungen und Strategien
- Grundsätzliche Problematiken bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind: wenig Vernetzung in andere Länder, Sprachbarrieren, rechtliche Unterschiede und Zuständigkeitsbereiche, Informationsmangel
- Es besteht großes Interesse aller Beteiligten an einem grenzüberschreitenden Austausch und zukünftigen Projekten
- Es besteht Interesse an einem grenzüberschreitenden Netzwerk, z.B. mit Hilfe einer Datenbank. Darüber könnten Informationen ausgetauscht und Lösungsansätze und Projektideen geteilt werden